

# Die SP verschärft das Gerangel mit der FDP

Im anstehenden Wahlkampf geht es auch darum, wer in der Hackordnung der Parteien die Nummer 2 hinter der SVP wird

MICHAEL SURBER

Am Dienstag lancierte die SP Schweiz mit einer Aktion auf dem Berner Waisenhausplatz ihren Wahlkampf für die eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober. Das Motto der Genossen für die kommenden Monate lautet: «Sie haben die Millionen, wir die Menschen.» Mit «sie» ist natürlich die «rechtsbürgerliche Mehrheit» im Parlament gemeint, die es gemäss SP-Präsident Christian Levrat im kommenden Herbst zu brechen gilt. Um dieses Wahlziel zu erreichen, müsste die Partei jene drei oder vier Sitze zurückholen, die sie 2015 an die «Rechte» verloren hatte.

Wahlkampfleiterin und SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (Bern) führte am Dienstag denn auch gleich aus, mit welcher Grundhaltung die ambitionierte Zielsetzung erreicht werden soll: «Wir sprechen mit den Menschen, nicht über sie.» Dies meinen die Genossen durchaus wörtlich. Denn im Wahlkampf sollen unzählige persönliche Gespräche mit potenziellen Wählerinnen und Wählern geführt werden. Dieser personenintensive Basiswahlkampf setzt auf die Mobilisierung der Wähler durch Telefongespräche unmittelbar vor dem Urnengang.

## Austausch von «Nettigkeiten»

Dass SP-Präsident Christian Levrat in letzter Zeit das direkte Gespräch mit FDP-Aussenminister Ignazio Cassis gesucht hat, darf getrost bezweifelt werden. Dass Levrat gleichzeitig viel über Bundesrat Cassis gesprochen hat, war indes nicht zu überhören. So schoss der SP-Präsident wiederholt scharf gegen den freisinnigen Aussenminister. In einem Interview mit dem «Blick» verstieg sich Levrat jüngst gar zu der Aussage, Cassis betreibe Aussenpolitik im Stile des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban. Cassis sei eigentlich ein dritter SVP-Bundesrat. FDP-Chefin Petra Gössi konterte nur kurz darauf mit der Feststellung, dass Christian Levrat und nicht etwa die FDP oder ihr Bundesrat Cassis



SP-Präsident Christian Levrat hat in den Freisinnigen seinen Lieblingsgegner ausgemacht.

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

auf SVP-Linie sei. «Es scheint bei der SP und der FDP zunehmend zum Programm zu werden, dass sie gegenseitig aufeinander einprügeln», so analysierte unlängst BDP-Präsident Martin Landolt die angespannte Situation zwischen den beiden Parteien.

Eine zunehmende Lebhaftigkeit der Auseinandersetzung im Vorfeld anstehender Wahlen ist natürlich nichts Neues. Bereits vor vier Jahren haben sich die SP und die FDP medienwirksam bekämpft. Doch dieses Mal scheint der Disput tiefer zu gründen als bloss in Wahlkampfstrategien und persönlichen Animositäten. «Man kann schon fast von einer

neuen Konfliktlinie sprechen», sagt der Politikwissenschaftler Claude Longchamp mit Blick auf die schriller werdenden Töne. Sei es früher vor allem der Konflikt zwischen der SVP und Rot-Grün gewesen, welcher die hiesige Politik definiert habe, sei die Lage mittlerweile komplexer geworden.

## Dritter Pol

Dies liegt primär daran, dass es der FDP in den letzten Jahren gelungen ist, einen relativ starken dritten, liberalen Pol in der Schweizer Parteienlandschaft auszubilden. In der Polarisierung zwischen der

FDP und Rot-Grün liege zurzeit gar die entscheidende Dynamik im Schweizer Politsystem, ist Longchamp überzeugt. Tatsächlich ist eine zunehmende inhaltliche Distanz zwischen SP und FDP auszumachen. Konnte man sich früher noch gelegentlich finden, beispielsweise im Kampf gegen die Europapolitik der SVP, gehört dies auch in den zentralen Dossiers immer mehr der Vergangenheit an. Ein Blick auf die Koalitionslogik der laufenden Session zeigt es: Im Vergleich zu früheren Legislaturen kommt es seit 2015 vermehrt zu erfolgreichen Zusammenschlüssen zwischen der FDP und der SVP. Gleichzeitig gibt es immer seltener

erfolgreiche Koalitionen, welche die FDP und die SP vereinen.

Zwischen den beiden Parteien geht es nicht zuletzt auch um die Frage, wer nach dem Urnengang vom Oktober die Nummer 2 in der Schweizer Parteienlandschaft sein wird. Die SVP wird voraussichtlich weiter als stärkste Kraft in Bern politisieren. Dahinter möchte sich neu die FDP etablieren. Dafür müssten die Freisinnigen die Sozialdemokraten überholen. Eine Losung, die Parteipräsidentin Petra Gössi denn auch schon verschiedentlich ausgegeben hat. Und tatsächlich darf man sich bei der FDP Hoffnung machen: Zumindest bei den seit 2015 abgehaltenen kantonalen Wahlen schwangen die Freisinnigen obenaus. Sie gewannen 34 zusätzliche Sitze in den kantonalen Parlamenten, und damit so viel wie keine andere Partei. Dass auch die Sozialdemokraten Gewinne verzeichneten – plus 18 Sitze –, dürfte es der FDP jedoch erschweren, den angepeilten zweiten Platz auch tatsächlich zu erreichen.

## Brachliegendes Potenzial

Die anschwellende Wahlkampfrhetorik ist vor allem ein Versuch, die eigenen Wählerpotenziale zu mobilisieren. Es geht bei beiden Parteien nicht so sehr darum, Wähler der anderen Partei abzuwerben. Dies ist, wie Analysen der eidgenössischen Wahlen 2015 zeigten, sowieso beinahe ein Ding der Unmöglichkeit. So gab es 2015 kaum Wähler, welche 2011 für die FDP votiert hatten, vier Jahre später ihren Wahlzettel dann aber für die SP einlegten – dasselbe gilt auch in entgegengesetzter Richtung. Dies wissen natürlich auch die Parteistrategen, und sie fokussieren deshalb darauf, möglichst das eigene Wählerpotenzial auszuschöpfen. Denn diesbezüglich haben die beiden Parteien noch gehörig Luft nach oben: Während die SVP 2015 bis zu 80 Prozent ihres Potenzial aususchöpfen konnte, waren es bei der SP gerade einmal 54 Prozent, bei der FDP sogar nur 44 Prozent.

# Kantone schiessen gegen den EU-Vertrag

Neue Regeln gegen Grenzschaffungen zwischen EU-Ländern

Die Kantone sind sich einig, dass die EU-Regelungen für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu streng sind. Sie fordern, dass die Regeln für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gelockert werden. Dies ist notwendig, um den Handel zu erleichtern und die Wirtschaft zu stärken. Die Kantone sind sich einig, dass die EU-Regelungen für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu streng sind. Sie fordern, dass die Regeln für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gelockert werden. Dies ist notwendig, um den Handel zu erleichtern und die Wirtschaft zu stärken.

Die Kantone sind sich einig, dass die EU-Regelungen für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu streng sind. Sie fordern, dass die Regeln für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gelockert werden. Dies ist notwendig, um den Handel zu erleichtern und die Wirtschaft zu stärken. Die Kantone sind sich einig, dass die EU-Regelungen für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu streng sind. Sie fordern, dass die Regeln für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gelockert werden. Dies ist notwendig, um den Handel zu erleichtern und die Wirtschaft zu stärken.

Die Kantone sind sich einig, dass die EU-Regelungen für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu streng sind. Sie fordern, dass die Regeln für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gelockert werden. Dies ist notwendig, um den Handel zu erleichtern und die Wirtschaft zu stärken. Die Kantone sind sich einig, dass die EU-Regelungen für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu streng sind. Sie fordern, dass die Regeln für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gelockert werden. Dies ist notwendig, um den Handel zu erleichtern und die Wirtschaft zu stärken.

Die Kantone sind sich einig, dass die EU-Regelungen für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu streng sind. Sie fordern, dass die Regeln für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gelockert werden. Dies ist notwendig, um den Handel zu erleichtern und die Wirtschaft zu stärken. Die Kantone sind sich einig, dass die EU-Regelungen für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu streng sind. Sie fordern, dass die Regeln für den Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gelockert werden. Dies ist notwendig, um den Handel zu erleichtern und die Wirtschaft zu stärken.

SWISSAID
Spenden Sie tun im Kampf gegen den Hunger.